

PETER R. NEUMANN

# Die neue Weltunordnung

Wie sich der Westen  
selbst zerstört

rowohlt  
BERLIN





**Peter R. Neumann**

# **Die neue Weltunordnung**

Wie sich der Westen selbst zerstört

## Über dieses Buch

Russland beginnt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, nur wenige Monate zuvor erleben die USA in Afghanistan ein außenpolitisches Debakel, und längst ist der Systemrivale China zur entscheidenden Supermacht aufgestiegen – der Westen steckt in einer nie da gewesenen Krise. Dabei schien der Siegeszug noch vor Kurzem unaufhaltsam: Nach dem Ende des Kalten Krieges setzte sich im ehemaligen Ostblock die demokratische Marktwirtschaft durch, Russland wurde vom Feind zum Partner, selbst China wandte sich dem Kapitalismus zu. Dann die große Wende: Die Terroranschläge von 9/11 erschütterten den Westen, der amerikanische «War on Terror» destabilisierte eine ganze Weltregion, der «Arabische Frühling» brachte am Ende nur neue Autokratien hervor, und mit der Annexion der Krim verschärfte sich die Konfrontation mit Russland. Anstelle einer liberalen Weltordnung ist eine neue Weltunordnung entstanden.

Peter R. Neumann, international gefragter Experte für Terrorismus und Geopolitik, zeigt, wie dies geschehen konnte und was jetzt passieren muss. Ein schonungsloser Blick auf die aktuelle Lage des Westens, der sich auf fatale Weise selbst überschätzt hat.

## Vita

**Peter R. Neumann**, geboren 1974 in Würzburg, ist Professor für Sicherheitsstudien am King's College London und leitete dort lange das International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR). Als international gefragter Experte war Neumann 2014 Berater der USA bei den Vereinten Nationen, 2017 Sonderbeauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Daneben schreibt er u.a. für den «Spiegel» und die «New York Times». Sein Buch «Die neuen Dschihadisten» wurde zum Bestseller.

# Impressum

Veröffentlicht im Rowohlt Verlag, Hamburg, Oktober 2022

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt, jede Verwertung bedarf der Genehmigung des Verlages.

Covergestaltung Frank Ortmann

Coverabbildung iStock

Schrift Droid Serif Copyright © 2007 by Google Corporation

Schrift Open Sans Copyright © by Steve Matteson, Ascender Corp

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

ISBN 978-3-644-01217-2

[www.rowohlt.de](http://www.rowohlt.de)

Alle angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die Printausgabe.

# Inhaltsübersicht

## **Einleitung**

Ideen oder Interessen?

Über dieses Buch

## **TEIL I · Optimismus: 1990—2000**

Kapitel 1 Die neue Weltordnung

Kapitel 2 Ewiger Friede

Kapitel 3 Keine Angst vor Russland und China

Kapitel 4 Techno-Optimismus

Kapitel 5 Der neue Terrorismus

## **TEIL II · Hybris: 2001—2010**

Kapitel 6 Weckruf 9/11

Kapitel 7 Der gute Krieg

Kapitel 8 Regimewechsel

Kapitel 9 Exzess der Märkte

## **TEIL III · Ernüchterung: 2011—2015**

Kapitel 10 Arabischer Frühling?

Kapitel 11 Frankreichs Abenteuer

Kapitel 12 Die syrische Katastrophe

Kapitel 13 Deutsch-russische Illusionen

## **TEIL IV · Krise: 2016 bis heute**

Kapitel 14 Europa unter Druck

Kapitel 15 Die Brexit-Revolte

Kapitel 16 Populist im Weißen Haus

Kapitel 17 Chinas autoritäre Moderne

Kapitel 18 Klima-Notstand

## **Zeitenwende? Worauf es jetzt ankommt**

Die neue Welt(un)ordnung

Leitideen für eine nachhaltige Moderne

## **Anhang**

Personen und Orte

Dank

Interviewpartner

# Einleitung

**D**ies ist ein Buch über Ideen und ihre Konsequenzen. Es zeigt, wie der Westen, der noch vor dreißig Jahren als «unschlagbar» galt, sich mittlerweile selbst zerstört. Es dokumentiert die Entwicklungen, die dazu beigetragen haben. Und es zeigt, dass sein Niedergang paradoxerweise auf denselben Ideen beruht, die ihn einst so stark machten. Die Schlussfolgerung ist nicht, dass der Westen andere Ideen bräuchte – oder ganz auf sie verzichten sollte. Sondern, dass er sie neu formulieren muss: als nachhaltige, pragmatische Moderne.

Doch was ist «der Westen» überhaupt? Der Westen, so wie ihn dieses Buch versteht, ist keine Himmelsrichtung und keine politische Allianz, er ist – vor allem – eine Geisteshaltung. Sein Ursprung liegt in den Ideen der Aufklärung, die sich ab dem 17. Jahrhundert zuerst in Westeuropa und anschließend in Nordamerika verbreiteten. Zu ihren Pionieren gehören Wissenschaftler und Philosophen wie der Engländer Francis Bacon (1561–1626) und der Franzose René Descartes (1596–1650), die sich mit Fragen der Metaphysik und Erkenntnistheorie beschäftigten. Ihre Antworten, die unter Intellektuellen, in Kaffeehäusern und Freimaurerlogen heftig diskutiert wurden, waren für damalige Verhältnisse revolutionär: Menschen müssten sich nicht ihrem Schicksal



fügen; Fortschritt sei möglich; alles lasse sich verstehen, solange der Erkenntnisprozess auf Vernunft beruht und sich an dem orientiert, was logisch und messbar ist. [1]

Diese Ideen waren eine Kampfansage an den Status quo. Dass alle Menschen Vernunft besaßen und ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen konnten, ließ sich mit dem Absolutheitsanspruch von Kirche und feudalistischen Herrschern nicht vereinbaren. Aus der wissenschaftlichen Revolution wurde im Laufe der Zeit deshalb eine politische. Hundertfünfunddreißig Jahre nachdem Descartes seinen berühmten Satz «Ich denke, also bin ich» formuliert hatte, proklamierten die Einwohner der britischen Kolonien in Nordamerika ihr Recht auf Leben, Freiheit und «das Streben nach Glück». Und wiederum ein Jahrzehnt später stürmten die Revolutionäre in Frankreich im Namen von Freiheit, Gleichheit und Menschenrechten die Bastille. Dies waren die wichtigsten und bis heute prägendsten Ereignisse, die der liberalen Moderne – und damit dem Westen – ihren Inhalt gaben. Sie schufen die Voraussetzung für das, was der britische Historiker Niall Ferguson als «Killer-Apps» der «westlichen Moderne» beschrieb: die Kombination aus Wissenschaft und Technologie, ökonomischem Wettbewerb, Rechtsstaat und Demokratie. [2]

Einer der entscheidenden Gründe für ihren weltweiten Siegeszug war, dass diese Ideen von Anfang an als universell – das heißt im Prinzip für jeden Menschen gültig – formuliert waren: Alle Menschen, nicht nur Franzosen oder Amerikaner, waren politisch gleich; jeder hatte das Recht auf fundamentale

Freiheiten und Würde. Und obwohl Sklaverei und Kolonialismus zeigten, dass Anspruch und Realität oftmals weit auseinanderklafften, war ihre Anziehungskraft enorm und reichte weit über den «christlich-abendländischen Kulturkreis» hinaus. Die Verbreitung westlicher Ideen wurde zur historischen «Mission»: Niemand zweifelte daran, dass eine Welt, in der alle Menschen in den Genuss liberaler und moderner – das heißt westlicher – Werte kämen, gerechter, freier, wohlhabender und friedlicher sein würde.

Heutzutage sind die Ideen der liberalen Moderne so selbstverständlich, dass sich kaum jemand vorstellen kann, wie es anders sein sollte. In Ländern, deren Gesellschaften sich an westlichen Ideen orientieren, leben die Menschen länger als je zuvor. Krankheiten, die einst Millionen getötet haben, sind ausgerottet. Marktwirtschaft und Wettbewerb haben beispiellosen Wohlstand geschaffen. Fast alle Staaten, die von westlichen Ideen geprägt wurden, sind Demokratien mit freien Wahlen, unabhängigen Gerichten und individuellen Freiheitsrechten, die ihre Bürger vor staatlicher Verfolgung schützen. Dass die menschliche Existenz stets «einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz» sei, wie der englische Philosoph Thomas Hobbes (1588–1679) im 17. Jahrhundert schrieb, gilt in Europa und Nordamerika nur noch für eine Minderheit.

Doch in Wirklichkeit ist die liberale, westliche Moderne ein Paradoxon. Viele der Gründe für die «Unordnung», die dieses Buch beschreibt, liegen in genau den Werten und Ideen, die die

westlichen Gesellschaften so erfolgreich gemacht haben. Moderne Technologie, Wissenschaft und Wettbewerb begründen den Wohlstand des Westens, aber sie tragen gleichzeitig zu seiner Spaltung bei. Demokratie, Freiheit und universelle Menschenrechte sind seine höchsten Errungenschaften, doch ihr «Export» stößt oftmals auf Widerstand.

Die «dunkle» Seite des Westens trat in den vergangenen Jahrzehnten besonders deutlich hervor. Eine Ursache dafür ist die Globalisierung, mit der sich die Fliehkräfte der liberalen Moderne nochmals verstärkt haben. Statt einzelner Volkswirtschaften gibt es einen «Weltmarkt», dessen Liefer- und Produktionsketten sich über den gesamten Globus erstrecken. Das Internet sorgt dafür, dass alle überall miteinander vernetzt sind. Offene Grenzen und geringe Transportkosten machen es möglich, Orte zu erreichen, von denen vorherige Generationen nur träumen konnten. Und statt sich nur damit zu beschäftigen, was im eigenen Dorf oder Land passiert, haben die meisten Menschen ein größeres Bewusstsein dafür, was in anderen Teil der Welt geschieht. [3] Für viele sind diese Entwicklungen positiv, aber längst nicht alle haben im gleichen Maße von ihnen profitiert. Durch die Globalisierung ist die Welt nicht nur «geschrumpft», sondern auch anstrengender geworden – effizienter und wohlhabender, aber auch schneller, komplexer und aggressiver. Der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman meinte, die Moderne habe sich mit ihr «radikalisiert». [4]

Solche Kritik am Westen ist nichts Neues. Bereits vor hundert Jahren diagnostizierte der konservative französische Philosoph René Guénon eine «Krise der modernen Welt» und sagte ihren baldigen Niedergang voraus. Die Entwicklungen, die er dafür verantwortlich machte, waren genau diejenigen, die die Befürworter der liberalen Moderne optimistisch gestimmt hatten. Doch statt Fortschritt sah Guénon in moderner Wissenschaft und Technologie seelische Entwurzelung und einen Verlust an Spiritualität. Ideen wie Demokratie und Gleichheit waren seiner Auffassung nach nicht nur falsch, sondern zerstörten die natürliche Ordnung, führten zu politischem Chaos und stürzten Gesellschaften ins Unglück. Für Guénon war die gesamte Geschichte der Aufklärung eine spirituelle Katastrophe, die nur durch eine Rückkehr zu «traditionellen» – das heißt vormodernen – Werten abgewendet werden könne. [5] Ein bekanntes italienisches Sprichwort bringt es auf den Punkt: «Es ging uns besser, als es uns schlechter ging.»

Doch genau darum geht es in diesem Buch nicht. Die Errungenschaften des Westens sind unbestritten. Die Uhr lässt sich nicht zurückdrehen. Niemand will das Internet «abschalten» oder auf moderne Medizin verzichten; politische Ideen wie Gleichberechtigung und universelle Menschenrechte sind tief in unserem Denken verankert – und lassen sich, Gott sei Dank, nicht so leicht daraus entfernen. Dieses Buch ist kein Plädoyer für eine Abkehr von der liberalen Moderne, wie sie Guénon herbeisehnte, sondern ein Aufruf zu ihrer Erneuerung.

Es formuliert Leitideen für einen Westen, der ehrlicher zu sich selbst und anderen ist – vor allem aber einen, der pragmatischer und inklusiver handelt.

## Ideen oder Interessen?

Natürlich ist dieses Buch nicht das erste, das sich mit den Problemen und Widersprüchen des Westens beschäftigt. Die Frage, was der Westen ist, wofür er steht und ob er eine Zukunft hat, beschäftigt Forscher und Kommentatoren seit Jahrzehnten. [1] Grob gesprochen, gibt es dabei drei Denkschulen. Die erste ist die linke oder «antiimperialistische» Tradition, für die im deutschsprachigen Raum Autoren wie der Publizist Michael Lüders und in Amerika der Sprachwissenschaftler Noam Chomsky stehen. [2] Deren Meinung nach repräsentieren die vermeintlich altruistischen Ideen des Westens nur einen Vorwand, um «knallharte» wirtschafts- und machtpolitische Interessen durchzusetzen. Die wahren «Schurkenstaaten» seien nicht China, Russland oder der Iran, sondern Amerika und seine europäischen «Juniorpartner»: «Die USA sind kein selbstloser Hegemon», so Lüders, «sondern ein Imperium. Und ein Imperium betreibt grundsätzlich eine imperiale Politik.» [3]

Dem entgegen steht die liberale oder «idealistische» Denkschule, die in Deutschland von dem Historiker Heinrich August Winkler und im englischsprachigen Raum von seinem Kollegen Niall Ferguson repräsentiert wird. [4] Im Gegensatz zu den «Antiimperialisten» sind «Idealisten» davon überzeugt,

dass es der Westen mit seinen Ideen ernst meint, dass er von ihnen definiert und zusammengehalten wird und dass ihre Verbreitung seine historische «Mission» ist. Das bedeute nicht, so Winkler, dass er keine Fehler mache oder niemals Eigeninteressen verfolge. Doch im Unterschied zu allen anderen Staatsphilosophien, Machtblöcken oder «Imperien» besitze der Westen die Fähigkeit zur Selbstkorrektur. Gerade weil der Westen liberal und demokratisch sei, würden Fehlentwicklungen niemals lange unter den Teppich gekehrt, sondern – früher oder später – die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Westliche Werte und Ideen seien deshalb nicht ein Vorwand, wie von den «Antiimperialisten» behauptet, sondern der Grund für andauernde Stärke und Erneuerungsfähigkeit. Winklers optimistische Schlussfolgerung: «Die korrigierende Kraft dieses Projekts hat sich [...] bewährt, aber noch längst nicht erschöpft.» [5]

Die dritte Position ist die der «Realisten», zu denen man in Deutschland den Sicherheitsforscher Carlo Masala und in Amerika den Politikwissenschaftler John Mearsheimer zählen könnte. [6] Genauso wie die «Idealisten» sind sie überzeugt davon, dass westliche Politik von liberal-modernen Ideen bestimmt wird, doch im Gegensatz zu ihnen halten sie dies für einen Fehler. Ihrer Meinung nach ist es die liberal-moderne «Mission», die den Westen in so viele unnötige und kostspielige «Abenteuer» gestürzt hat, dass seine Vormachtstellung nun zur Disposition steht. Anders als die «Antiimperialisten» wollen sie nicht, dass der Westen deshalb von der Verfolgung seiner

Interessen ablässt. Vielmehr soll er damit endlich ernst machen. Laut Masala bedeutet «eine realistische Außen- und Sicherheitspolitik [...] zunächst einmal, die gegebenen Bedingungen zu akzeptieren und nicht länger einem Traumbild der liberalen Weltordnung hinterherzujagen». [7]

Dieses Buch baut auf allen drei Denkschulen auf, vertritt aber eine Position, die sich von ihnen unterscheidet. Die «Antiimperialisten» haben recht darin, dass der Westen nicht nur Werte, sondern auch eigene Interessen verfolgt. Doch es stimmt nicht, dass westliche Werte bloß Vorwand sind. Wie viele Kapitel dieses Buchs zeigen, war der Wunsch, liberal-moderne Vorstellungen zu verbreiten, oftmals ein ehrliches – und enthusiastisches – Anliegen. Wenn es zu einem Konflikt zwischen Ideen und Interessen kam, gab es häufig den Versuch, diese miteinander zu «versöhnen». Und in vielen Fällen waren die vermeintlichen Interessen so sehr durch Werte definiert («ein geeintes Europa», «eine demokratische Welt», «Freihandel»), dass sich das eine nicht mehr von dem anderen trennen ließ.

Die «Idealisten» liegen also richtig, wenn sie behaupten, dass westliche Werte öfter entscheidend sind als vermutet. Doch ihre Vorstellung, dass der Westen nur Gutes über die Welt gebracht oder seine Fehler stets und überall innerhalb kurzer Zeit korrigiert hätte, ist naiv. Zwar stimmt es, dass demokratische Institutionen westlichen Ländern die Möglichkeit gaben, schneller auf gesellschaftliche Veränderungen, etwa durch die rechtliche Gleichstellung von



Frauen oder Minderheiten, zu reagieren. Aber wenn Fehlentwicklungen außerhalb der eigenen Länder stattfanden, dauerte es oftmals viele Jahrzehnte, wenn nicht sogar Jahrhunderte, bis sich die richtige, moralisch korrekte Auffassung durchsetzte: Der Kolonialismus zum Beispiel, von dem westliche Länder jahrhundertlang profitierten, wurde nicht abgeschafft, weil sich in westlichen Gesellschaften dagegen Widerstand oder der «Wille zur Selbstkorrektur» regte, sondern weil die Kolonien dagegen ankämpften.

In ihrer Analyse des Problems ist die «realistische» Position deshalb diejenige, die der Realität am nächsten kommt. Mit seiner naiven, wertegeleiteten Politik hat sich der Westen oftmals ins eigene Bein geschossen, und statt sich selbst zu korrigieren, wie von den «Idealisten» gehofft, hat er die eigenen Fehler häufig noch schlimmer gemacht. Aber die Schlussfolgerung der «Realisten» ist nicht nur falsch, sondern widersprüchlich: Wenn der Westen eine Ideengemeinschaft ist, dann käme es einer Selbstzerstörung gleich, das eigene Ideengerüst für hinfällig zu erklären. Würden westliche Länder nur noch ihre eigenen Interessen verfolgen, gäbe es keine Gemeinsamkeit mehr; und auch innerhalb Europas wäre jeder auf sich allein gestellt. Die Antwort auf die Krise des Westens kann deshalb nicht darin liegen, die eigenen Werte aufzugeben, sondern – wenn überhaupt – darin, diese neu zu erfinden.

Was dieses Buch fordert, ist daher etwas Neues: weder zynischen «Antiimperialismus» noch naiven «Idealismus», sondern eine «realistische» Analyse der aktuellen Krise, ohne

dabei die erfolgreichen und identitätsstiftenden Ideen des Westens über Bord zu werfen. Nicht zuletzt der Ukraine Konflikt hat gezeigt, dass viele Menschen eine auf Werten beruhende Politik wollen und dass diese die Umsetzung gemeinsamer Politik erst möglich macht. Der «Trick» besteht darin, Probleme zu identifizieren und sie mit liberal-modernen Mitteln zu lösen. Eine nachhaltige Moderne würde versuchen, genau dies zu tun.

## Über dieses Buch

Dieses Buch entstand aus der langjährigen Beschäftigung mit Problemen der Außen- und Sicherheitspolitik, doch in zahlreichen Kapiteln geht es auch um innenpolitische, ökonomische oder technologische Entwicklungen. Der «rote Faden» sind die liberal-modernen Ideen, die das Denken politischer Eliten in westlichen Ländern geprägt und ihre Einstellung zu neuen Herausforderungen – seien sie innen-, außen- oder wirtschaftspolitischer Natur – bestimmt haben. Wenn die hieraus resultierende Analyse etwas über diese Ideen selbst aussagt, dann wäre es, wie umfassend ihr Einfluss ist und wie eng sie miteinander verflochten sind.

Der Begriff «Elite» ist dabei ein notwendiges, wenn auch schwammiges Hilfskonstrukt. Zu Eliten oder – je nach Kontext – «Politikseliten», «Wirtschaftseliten» oder «Sicherheitseliten» zählen Personen, die zu politisch relevanten Themen Ideen formulieren und dadurch Einfluss auf das Denken von Entscheidern – oder den Entscheidungsprozess selbst – gewinnen. In den wenigsten Fällen geschieht dies im Geheimen, sondern meist durch Gastbeiträge, Magazinveröffentlichungen, Interviews, Reden oder andere öffentliche, wenn auch oftmals von der Bevölkerung wenig beachtete Interventionen.

Wie das Buch zeigt, gibt es unterschiedliche Eliten, die sich nicht zu jedem Zeitpunkt – oder bei jedem Thema – einig sind. Um einen besseren Eindruck davon zu bekommen, welche Ansichten zu bestimmten Zeitpunkten «einflussreich» waren, wurden deshalb fünfundsiebzig semistrukturierte Interviews mit Experten und Entscheidungsträgern durchgeführt, die viele dieser Debatten miterlebt oder mitbestimmt haben. Das daraus entstehende Ideen- und Stimmungsbild mag nicht vollständig sein, doch ist es differenzierter und empirisch besser belegt als in den meisten Büchern aus dem Genre.

Ein weiteres Merkmal ist der Blick auf Europa. Viele Bücher über den Westen konzentrieren sich fast ausschließlich auf die Rolle der Vereinigten Staaten und behandeln Europa als «Anhängsel», das von Amerika wahlweise dominiert, mitgeschleppt oder «verführt» wird. Doch obwohl Amerika zweifellos der politisch, wirtschaftlich und militärisch bedeutendste Staat des Westens ist, haben europäische Staaten bei vielen Ereignissen eine wichtige – und eigenständige – Rolle gespielt. Wenn auch auf unterschiedliche Weise, so ist Europa ähnlich stark von liberal-modernen Ideen geprägt wie Amerika und vertritt sie mit großem Selbstbewusstsein. Neben Amerika reflektiert dieses Buch deshalb, wo notwendig, auch Debatten in Frankreich, Großbritannien und Deutschland. [1]

Der Hauptteil des Buchs besteht aus achtzehn Kapiteln, die jeweils ein bestimmtes zentrales Ereignis oder eine grundlegende Entwicklung aufarbeiten. Meist folgen sie einer ähnlichen Struktur: Zunächst geht es darum, die Debatten zu

einem bestimmten Thema zu verstehen; danach die (politischen) Entscheidungen, die daraus gefolgt sind; und – schließlich – die Konsequenzen, die diese Entscheidungen hatten. Wie zu Beginn erwähnt: Dies ist ein Buch über Ideen und ihre Konsequenzen.

Die thematischen Kapitel sind zusammengefasst in vier Teilen, die einer chronologischen Struktur folgen. Der erste Teil – «Optimismus» – umfasst die neunziger Jahre und zeigt, wie optimistisch Eliten zunächst die Zukunft des Westens einschätzten. Statt sich mit neuen Gefahren auseinanderzusetzen, hoffte man auf eine Welt, in der der Sieg des Westens im Kalten Krieg von Dauer war, es keine ideologischen Gegner mehr gab und sich Demokratie und Marktwirtschaft überall durchsetzen würden. Das «böse Erwachen» erfolgte mit den Anschlägen vom 11. September 2001.

Im zweiten Teil – «Hybris» – geht es vor allem um die trotzig und von westlicher Selbstüberschätzung geprägte Reaktion auf diesen Schock, die zu desaströsen Kriegen in Afghanistan und dem Irak führte. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der globalen Finanzkrise, die die Illusion von der Überlegenheit des westlichen Wirtschafts- und Finanzsystems begrub.

Der dritte Teil beschreibt die daraus resultierende «Ernüchterung» in der ersten Hälfte der 2010er Jahre. Am deutlichsten wurde diese Haltung an der völlig unzureichenden westlichen Antwort auf den Arabischen Frühling, die die

Situation in Libyen und Syrien dramatisch verschlimmerte und globale Herausforderungen wie Terrorismus und Migration noch verschärfte. Genauso dramatisch war die Krise des europäischen Einigungsprojekts, der ein weiteres Kapitel gewidmet ist. Aus heutiger Sicht vielleicht am wichtigsten: Bereits während dieser Periode entstand mit dem revanchistischen, antiliberalen Russland Wladimir Putins ein autoritärer Gegenentwurf, dessen aggressive Kampagne gegen den Westen besonders von deutschen Eliten überhaupt nicht wahrgenommen wurde.

Der letzte Teil – «Backlash» – beschäftigt sich mit der aktuellen Situation: einem Westen, der gespalten ist und sich in der Auseinandersetzung zwischen liberalen und autoritären Kräften selbst zerfleischt; auf der anderen Seite ein aufsteigendes China, dessen technokratische Version der «autoritären Moderne» vielen stärker, erfolgreicher und zukunftsweisender erscheint als der Westen; sowie die existenzielle Herausforderung durch den Klimawandel, auf die weder liberale noch autoritäre Moderne bisher eine überzeugende Antwort gefunden haben.

Ist der Westen also noch zu retten? Die Schlussfolgerung dieses Buchs lautet: Ja, aber nur, wenn er sich als nachhaltige Moderne neu erfindet.

# Teil I

## *Optimismus: 1990–2000*

### Kapitel 1

## Die neue Weltordnung

**D**ie Idee einer neuen Weltordnung, die westliche Politiker nach Ende des Kalten Krieges verfolgten, war eine optimistische, liberale Fantasie. Den ersten Versuch, sie für sich zu reklamieren, unternahm der amerikanische Präsident George H.W. Bush. Im September 1990, weniger als ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer und Amerikas Sieg im Irakkrieg, sprach er vom Beginn einer neuen Ära, in der «die Nationen der Welt gedeihen und in Harmonie miteinander leben» könnten. Nach der Beendigung des Ost-West-Konflikts, so Bush, bestehe die Möglichkeit, «eine Welt [zu schaffen], die ganz anders ist als die, die wir kennen. Eine Welt, in der Rechtsstaatlichkeit das Gesetz des Dschungels ersetzt. Eine Welt, in der Nationen die gemeinsame Verantwortung für

Freiheit und Gerechtigkeit anerkennen. Eine Welt, in der die Starken die Rechte der Schwachen respektieren.» [1]

Bush verwendete den Begriff «Neue Weltordnung» («New World Order») in den darauffolgenden Monaten fast fünfzigmal, doch seine genaue Bedeutung blieb unklar. Bushs Äußerungen waren vage, und es gab niemals ein Konzept- oder Strategiepapier, das sie konkretisiert hätte. Ab Mai 1991 tauchte die «Neue Weltordnung» in den Reden und Statements von Bush plötzlich nicht mehr auf. [2] Sogar in seiner außenpolitischen Autobiografie spielte sie praktisch keine Rolle. [3] Bushs Sicherheitsberater und Ko-Autor, Brent Scowcroft, sagte später, der Ausdruck sei «bloß ein Slogan» gewesen. [4]

Die Einzigen, die scheinbar wussten, was es mit dem Begriff auf sich hatte, waren die Verschwörungstheoretiker. Sie interpretierten die Neue Weltordnung als eine Art «globalistische» Diktatur, die angeblich von Freimaurern, Illuminaten, Satanisten, Juden und anderen «dunklen Mächten» angestrebt wurde. Während der neunziger Jahre glaubten sie, dass Bush Amerika abschaffen und durch eine Weltregierung ersetzen wolle. Auf Flugblättern hieß es, Millionen «amerikanischer Verräter» hätten sich bereits zu «Sklavenhaltern der Neuen Weltordnung» ausbilden lassen. Jeder Helikopter, der irgendwo in Amerika gesichtet wurde, galt als Vorbote einer bevorstehenden Invasion. [5] Als «Beweis» wurden Reden zitiert, in denen Bush von



Partnerschaft mit Russland und einer stärkeren Rolle für die Vereinten Nationen gesprochen hatte.

Doch die wahre Bedeutung von Bushs Neuer Weltordnung lag nicht in ihrem Inhalt, sondern in ihrer Symbolik. Aus amerikanischer Sicht hatte der Westen den Kalten Krieg nicht nur beendet, sondern gewonnen. Die Menschen, die in Osteuropa auf die Straße gegangen waren, wollten keinen «besseren Kommunismus», sondern Freiheit und Demokratie. Für Bush und seine Mitstreiter war es selbstverständlich, dass eine «westlichere» Weltordnung fairer und gerechter sein würde. Es gab keinen Widerspruch zwischen amerikanischer «Leadership» und einer stärkeren Rolle für die Vereinten Nationen. Auch wenn Bush und die amerikanische Regierung noch keine genaue Vorstellung davon hatten, wie sie aussehen würde: Die Idee der Neuen Weltordnung war Ausdruck eines liberalen Optimismus, der ihren geopolitischen Ansatz während der gesamten neunziger Jahre prägte.

Und es waren nicht nur die Amerikaner. Auch und gerade in Europa war die Zuversicht, dass die neu entstehende Weltordnung friedlicher und gleichzeitig demokratischer sein würde, allgegenwärtig. Klaus Naumann, damals Chef der Bundeswehr, erinnert sich:

Dieser Kalte Krieg war eine gigantische Anspannung. Und als er dann zu Ende ging, gab es erst mal ein Riesengefühl der Erleichterung: Wir haben's geschafft! Darauf folgte ein Optimismus, der seinen Höhepunkt in der «Charta von

Paris» vom November 1990 fand. Darin wurde die Idee einer «Sicherheitszone von Vancouver bis Wladiwostok» formuliert, in der es Gewaltverzicht gab, Achtung der Grenzen, Freiheit. Das war der Moment, wo wir in Europa die Hoffnung hatten, wir könnten nach der Anspannung des Kalten Krieges wirklich eine Zone des Verstehens, des Friedens schaffen. Diese Hoffnung hatten wir alle. [6]

Die nachfolgenden Kapitel in diesem Teil des Buchs beschäftigen sich mit verschiedenen Politikbereichen, in denen dieser Optimismus das politische Denken westlicher Politikeliten besonders stark geprägt hat: der Sicherheitspolitik, der Hoffnung auf eine Demokratisierung Russlands und Chinas, dem technologischen Fortschritt und dem Glauben an ein Ende des Terrorismus. In diesem Kapitel geht es um die Vision selbst – und die Grenzen, an die sie bereits früh, und selbst auf scheinbar freundlichem Terrain, stieß.

## **Freie Menschen**

Der liberale Optimismus der neunziger Jahre beruhte auf zwei Überzeugungen, die innerhalb westlicher Politikeliten weit verbreitet waren. Die erste davon war der vermeintlich unaufhaltbare Siegeszug der liberalen Demokratie. Zu ihrem wichtigsten Fürsprecher wurde der Politikwissenschaftler

Francis Fukuyama, der wenige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer einen Artikel mit dem provokanten Titel «Das Ende der Geschichte?» veröffentlicht hatte. [7] Er führte darin aus, dass der Zusammenbruch des Kommunismus nicht bloß Zufall oder eine Verkettung glücklicher Umstände gewesen sei, sondern das Ergebnis einer historischen Dialektik. Im Laufe von zwei Jahrhunderten habe sich die liberale Demokratie gegen die Monarchie, den Faschismus und den Kommunismus als beste – und finale – Regierungsform durchgesetzt. Kein anderes System sei besser dazu geeignet, fundamentale menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. In keinem anderen System gebe es effektivere Mechanismen zur Lösung von Konflikten. Und kein anderes System habe das Streben nach individueller Würde und «gegenseitiger Anerkennung», das bereits in der dialektischen Philosophie von Georg Wilhelm Friedrich Hegel seinen Niederschlag fand, besser zum Ausdruck gebracht.

Fukuyama behauptete nicht, dass es fortan keine gewaltsamen Konflikte mehr geben würde. Was er mit dem «Ende der Geschichte» meinte, war ein Ende des ideologischen Wettbewerbs. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus habe die liberale Demokratie ihren letzten großen Rivalen besiegt. Natürlich könne es auch in Zukunft zu Kriegen kommen, so Fukuyama, doch die großen, systemischen Konflikte des 20. Jahrhunderts seien – wortwörtlich – «Geschichte». Solange es keinen bedeutenden Staat gebe, der eine attraktive ideologische Alternative anzubieten habe, stehe

der Ausbreitung der liberalen Demokratie nichts mehr im Wege. [8]

Fukuyamas Artikel traf den Nerv der Zeit. Bereits wenige Wochen nach seiner Veröffentlichung war die Ausgabe des *National Interest*, in der er erschien, ausverkauft. Die wichtigsten Zeitungen der Welt widmeten ihm ganzseitige Besprechungen. In der *New York Times* hieß es, das «Ende der Geschichte» sei eines der «angesagtesten Gesprächsthemen» des Sommers. [9] Und obwohl es Widerspruch, Skepsis und unterschiedliche Interpretationen gab, setzte sich Fukuyamas These innerhalb kurzer Zeit durch. Die Position von Henry Nau, führender Außenpolitikexperte der Republikanischen Partei und hochrangiger Beamter während der Präsidentschaft von Ronald Reagan, war dabei typisch. Wie viele seiner Kollegen sträubte Nau sich gegen die plakative und seiner Meinung nach irreführende Formel vom «Ende der Geschichte» und betonte, dass der Siegeszug der liberalen Demokratie keineswegs garantiert sei. Doch seine Schlussfolgerung war mit der von Fukuyama identisch. «Die Emanzipation des Individuums, die von der europäischen Reformation und Aufklärung in Gang gesetzt wurde», so Nau, verschaffe liberalen Gesellschaften einen systematischen Vorsprung: «Wenn [andere] Nationen oder regionale Akteure [...] erfolgreich sein wollen, müssen sie zunächst den Kampf um die politische Freiheit gewinnen.» [10]

Die politische Konsequenz, die sich aus Fukuyamas Analyse ergab, war offensichtlich. Abgesehen von ein paar Isolationisten, die sich für einen geopolitischen «Rückzug»

ausgesprachen, [11] und den «Realisten», die (erfolglos) versuchten, Deutschland und Japan zu Amerikas neuen «Herausforderern» hochzuschreiben, [12] waren sich nahezu alle außenpolitischen Denker einig, dass der Westen den Vormarsch der liberalen Demokratie unterstützen sollte.

Unterschiedliche Positionen gab es, wenn überhaupt, nur bezüglich der Mittel. Für «liberale Institutionisten» wie den Harvard-Professor Joseph Nye war die Welt nicht nur freier, sondern auch komplexer geworden. Statt zweier Großmächte, die in ihren jeweiligen Einflussphären für «Ordnung» sorgten, gab es neue Staaten mit schwachen Institutionen, internen Konflikten und unklaren Grenzen. Aufgabe des Westens sei es, «Demokratie und Menschenrechte zu fördern, ohne Chaos zu stiften». Wenn Amerika nicht «Weltpolizist» sein wolle, so Nye, müsse es deshalb multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. [13]

Einen anderen Ansatz hatten die sogenannten Neokonservativen. Aus ihrer Sicht war Amerika die «einzig verbliebene Supermacht» und konnte seine Interessen allein oder mit willigen Partnern durchsetzen. Multilaterale Organisationen waren bestenfalls ein Hindernis und schlimmstenfalls ein Gegner. Doch anders als «gewöhnliche» Nationalisten, die macht- und wirtschaftspolitische Interessen rein egoistisch definierten, [14] betonten die Neokonservativen, dass Amerikas wichtigstes Interesse die Verbreitung universaler Werte – also von Demokratie und individueller

Freiheit – war. Im Sommer 1996 argumentierten zwei ihrer führenden Köpfe, der Journalist William Kristol und der Historiker Robert Kagan, dass Amerika nach Ende des Kalten Krieges zu einer «wohlwollenden Hegemonialmacht» geworden sei und dass es «zwischen seinen moralischen Werten und seinen fundamentalen nationalen Interessen» keinen Widerspruch mehr gebe. [15] In Ländern wie China und dem Iran, wo autoritäre Herrscher regierten, solle Amerika deshalb nicht zögern, eine aktive – notfalls militärische – Politik des «Regimewechsels» zu betreiben. Ziel müsse sein, Diktatoren, Ajatollahs oder kommunistische Apparatschiks aus ihren Ämtern zu vertreiben und durch demokratisch gewählte Regierungen zu ersetzen.

## Freie Märkte

Die zweite Überzeugung, die den liberalen Optimismus der neunziger Jahre begründete, betraf nicht das politische System, sondern die Wirtschaft. Bereits in den späten fünfziger Jahren führte der amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset den Beweis, dass praktisch alle Indikatoren wirtschaftlicher Entwicklung – also Industrialisierung, allgemeiner Wohlstand oder Bildung – positiv mit Demokratie korrelieren, was bedeutet: Auf wirtschaftliche Entwicklung folgt (früher oder später) politische Freiheit. [16] Das Paradebeispiel war Europa